WP-01-K3-256

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in:	BAG Demokratie & Recht
Beschlussdatum:	07.01.2025

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 255 bis 259 einfügen:
einen Beklagten durchsetzen können und die Zivilgerichte in Massenverfahren entlasten. Der Einsatz von KI als Unterstützung in der Justiz soll weiter erforscht und entwickelt werden. Wir wollen zusammen mit den Ländern mehr Schwerpunktstaatsanwaltschaften schaffen, die sich auf komplexe Rechtsfelder spezialisieren und den Einsatz nicht-juristischer Fachleute unterstützen. Umweltkriminalität gewinnt zunehmend an Bedeutung und ist ein wichtiges Betätigungsfeld der Organisierten Kriminalität. Dagegen gehen wir mit

Begründung

Unser Rechtsstaat ist ein Garant für das zivilgesellschaftliche Leben. Ihn zu erhalten ist daher eines der wichtigsten Ziele Grüner Politik. Das Leben wird immer komplexer und digitaler. Damit steigen aucgh die Herausforderungen an die Justiz. Von KI erzeugte Schriftsätze werden immer umfangreicher und die Möglichkeiten, komplexe Rechtsvorschriften zu nutzen, rechtswidrige Vorteile zu "erwirtschaften" nehmen zu. Die zum Teil sehr langwierigen Cum-Ex Verfahren sind sind Beispiele dafür. Oft genug ist es deutlich einfacher, im Verhältnis einfacheere Betrügereien aufzudecken und zur Anklage zu bringen. Die Dieselklagen mit zigseitigen Schriftsätzen stehen für die weitere Herausforderung der Justiz.

Zugleich werden in den nächsten Jahren viele Richter*innen und Staatsanwält*innen pensioniert werden, die voraussichtlich nicht einfach zu ersetzen sein werden.

Vor diesem Hintergrund sollten die Möglichkeiten der KI-Unterstützung, wie wir sie schon in Frankfurt und Stuttgart sehen, genau analysiert, Gefahrenpotentiale herausgefunden und die Möglichkeiten eines erweiterten Einsatzes solcher Instrumente herausgefunden werden.

Auch die Unterstützung der Staatsanwaltschaften durch Fachkräfte beispielsweise aus dem Wirtschaftsbereich sollte zur Entlastung der Justiz ausgebaut werden.